

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Arbeitszeitverkürzung - VEBA-BP - US-Dollar - Direktinvestitionen - VR-China

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1978) : Kurz kommentiert: Arbeitszeitverkürzung - VEBA-BP - US-Dollar - Direktinvestitionen - VR-China, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 9, pp. 429-430

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135228>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbeitszeitverkürzung

Erhebliche Gegenwehr

Der Widerstand der Arbeitgeber im Brauereigewerbe gegen kürzere Arbeitszeiten mit Lohnausgleich für ältere Arbeitnehmer zeigt, daß eine weitere Verbreitung des „Döding-Planes“ im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe – der Einstieg gelang vor kurzem in der Zigarettenindustrie – auf erhebliche Gegenwehr stößt. Dabei scheint die Gewährung von mehr bezahlter Freizeit für ältere Arbeitnehmer auf den ersten Blick genau in die gegenwärtige arbeitsmarktpolitische Landschaft zu passen und außerdem noch außerökonomische Gesichtspunkte sinnvoll zu berücksichtigen, da der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand nicht mehr abrupt, sondern gleitend geschieht. Daneben sieht es so aus, als wenn der Plan auch den Gegebenheiten in diesem Industriezweig Rechnung trägt.

Im ersten Halbjahr 1978 kamen aus dem Nahrungs- und Genußmittelgewerbe zwar im erheblichen Umfang neue Meldungen über offene Stellen, aber die Zugänge an Arbeitslosen waren noch geringfügig höher (jeweils über 40 000). Eine verringerte tarifliche Arbeitszeit für ältere Mitarbeiter ist allerdings nicht ohne weiteres als gute Lösung anzusehen. Während es sich bei den Arbeitslosen überwiegend um ungelernete Kräfte handelt, werden in erster Linie zusätzliche Fachkräfte gesucht. Bei verminderter Arbeitszeit für Ältere, die vielfach erfahrene Facharbeiter sein dürften, würde zumindest kurzfristig das Ungleichgewicht zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage noch vergrößert werden; zunächst wären nicht zuletzt vermehrte Überstunden bei jüngeren Mitarbeitern die Folge. Mittelfristig könnte dies auch zu verstärkter Rationalisierung führen, zumindest in jenen Bereichen des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes, in denen der Lohnkostenanteil relativ hoch ist. So ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß gerade in der Zigarettenindustrie mit ihrem extrem niedrigen Lohnkostenanteil der Döding-Plan zuerst verwirklicht wurde.

gvg

VEBA – BP

Veto des Kartellamtes?

Die Anzeichen für einen Einspruch des Kartellamtes gegen die 800 Millionen DM-Transaktion zwischen Veba und Deutscher BP verdichten sich. Wurde noch vor wenigen Monaten der komplizierte Vertrag zwischen den beiden Energiegiganten als richtungsweisender Beitrag zur Umorganisation der Energiewirtschaft gefeiert, so wächst inzwischen

die Skepsis. Zwar würde der vor einigen Jahren mit massiver staatlicher Hilfe geschaffene Riese Veba-Gelsenberg verkleinert, überschüssige Raffineriekapazitäten abgestoßen und die langfristige Rohölversorgung über BP verbessert werden; die Kehrseite liegt jedoch in dem außerordentlichen Machtzuwachs der internationalen Ölgesellschaften im Bereich der Gaswirtschaft.

Die Ruhrgas AG, die auf dem bundesdeutschen Erdgasmarkt eine überragende Stellung einnimmt, die sich mit zunehmender Substitution von Mineralöl durch Erdgas in den 80er Jahren wohl noch verstärken wird, ist bereits heute in starkem Maße von den internationalen Ölkonzernen abhängig: Esso und Shell sind zusammen mit 25 % beteiligt, Mobil und BP gemeinsam mit einigen anderen Gesellschaften indirekt mit 15 %. Wenn jetzt, wie geplant, 25 % des Ruhrgas-Grundkapitals aus dem Besitz der Veba an BP übergehen, dann vertreten die internationalen Ölgesellschaften direkt und indirekt ca. 65 % der Ruhrgas-Anteile. Zudem würde die inländische Erdgasförderung indirekt weitgehend unter ausländischen Einfluß fallen.

Schon seit langem ist die Energiewirtschaft das Sorgenkind der Wettbewerbspolitik. Die enge Kapitalverflechtung zwischen Öl- und Gaswirtschaft kann den Substitutionswettbewerb zwischen den verschiedenen Energieträgern weiter bremsen oder gar lähmen, der Preiswettbewerb bliebe auf der Strecke. Falls das Kartellamt ein Veto einlegen sollte, könnte erneut eine Minister-Erlaubnis zum Zuge kommen. Das wäre dann bereits das zweite Mal, daß in Sachen Veba der Wirtschaftsminister das Kartellamt überginge. Dem Wettbewerb in der Energiewirtschaft wäre damit sicher nicht gedient.

pr

US-Dollar

Klotzen statt Kleckern

Daß an den Maßnahmen, vor allem aber auch an der Bereitschaft der amerikanischen Währungspolitik zur Dollarstabilisierung erhebliche Zweifel angebracht sind, zeigen die jüngsten Kursstürze des Dollars. Hätten nicht einige Zentralbanken kräftig interveniert, wäre dies noch offensichtlicher geworden. Die zum Verkauf anstehende Menge des amerikanischen Goldvorrats stellt auch nach Erhöhung des Volumens nur einen prozentualen Bruchteil des US-Goldbestandes dar. Man kleckert, statt zu klotzen. Auch von der Aufhebung der Mindestreservspflicht auf Auslandseinlagen, durch die via Dollar-Nachfragebelebung auf den Euromärkten der Flucht aus dem Dollar begegnet werden soll, sind nach Auffassung amerikanischer Bankkreise kaum signifikante Auswirkungen zu erwarten. Trotz

der kürzlich erfolgten Diskonterhöhung sind angesichts der Inflationdifferenzen zu Ländern wie der Bundesrepublik die US-Zinsen noch immer zu niedrig. Hinzu kommt, daß die USA von einer Reihe angekündigter Maßnahmen keinen Gebrauch machten: Sie haben weder den angekündigten Verkauf von SZR im Gegenwert von 740 Mill. \$ gegen DM zu Interventionszwecken realisiert (amerikanisches Gesamtpotential an SZR: 2,8 Mrd. \$), noch die Möglichkeit der Mobilisierung ihrer IWF-Reserveposition genutzt. Immerhin stehen den USA hier – auflagenfrei – 4,2 Mrd. \$ zur Verfügung.

Allerdings sollte nicht übersehen werden, daß die zentralen Ursachen der Dollarmisere auch durch eine volle Mobilisierung nicht zu beseitigen sind. Das stark gestiegene Handelsdefizit im Juli, aber auch die deutlich gewordene Gefährdung eines Kernstücks des Energieprogramms verdeutlichen nochmals die eigentliche Problematik des Dollarverfalls. Möglicherweise können hier nur noch die OPEC-Länder helfen, indem sie ihre Preise heraufsetzen oder partiell zu anderen Fakturierungswährungen übergehen. kr

Direktinvestitionen

Später Sinneswandel

Der jüngste Geschäftsbericht der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) mbH (DEG) enthält ein ausführliches Bekenntnis zu Direktinvestitionen als einem Teil einer ausgewogenen und sachgerechten Entwicklungspolitik. Die Entwicklungsländer werden aufgefordert, für angemessene Investitionsbedingungen zu sorgen, während sich an die Adresse der Gewerkschaften in den Industrieländern der Hinweis richtet, daß die Produktionsverlagerung in arme Länder auch in den Industriestaaten Arbeitsplätze schafft.

Diese nach langer Zeit zum ersten Mal ausgesprochen positive Würdigung der Direktinvestitionen steht nicht allein: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat ein neues Referat zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaft geschaffen. Ferner ist bekannt, daß Minister Offergeld nach seinem Besuch beim DGB ein Gespräch mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie vorbereitet. Damit steuert das Ministerium in der Frage der privaten Kapitalhilfe offensichtlich einen neuen Kurs; die Verteufelung der Direktinvestitionen in früheren Jahren ist einer ausdrücklich positiven Beurteilung gewichen.

Ob es damit gelingt, das Mißtrauen, das viele anderslautende Erklärungen des Ministeriums in früheren Jahren bei den Unternehmen hervorgeufen haben, rasch zu beseitigen, erscheint aller-

dings fraglich. Zudem ist der Zeitpunkt der Kehrtwendung des BMZ in Anbetracht der drängenden binnenwirtschaftlichen Probleme nicht gerade glücklich gewählt. Dennoch ist der späte Sinneswandel in der Frage der Direktinvestitionen, die im Rahmen der gesamten Entwicklungshilfeleistungen der Bundesrepublik einen wichtigen Posten darstellen, richtig und notwendig. mk

VR China

Brisante Reise

Zum ersten Mal seit 21 Jahren besuchte mit Hua Kuo-feng ein amtierender Vorsitzender der Chinesischen Kommunistischen Partei Europa. Der Zeitpunkt wie auch die Motive dieses Besuches in Rumänien und Jugoslawien ergeben sich sowohl aus seiner Bedeutung im Rahmen des neuen wirtschaftspolitischen Kurses der VR China, als auch aus dem nach der Beendigung der innenpolitischen Machtkämpfe wieder verstärkten außenpolitischen Engagement Chinas. Im Zentrum der neuen chinesischen Wirtschaftspolitik steht das Bemühen um eine umfassende Modernisierung der gesamten Volkswirtschaft, die u. a. mittels einer stärkeren Öffnung des Landes für entwickelte Produktionstechnologien und andere Formen des Technologieimportes erreicht werden soll.

Die in Bukarest und Belgrad unterzeichneten Wirtschafts- und Kooperationsabkommen lassen sich ebenso in diese Strategie einordnen wie die abschließenden Gespräche Huas im Iran. In den beiden europäischen Ländern wurde nicht nur ein erhebliches Anwachsen der Handelsbeziehungen vereinbart, sondern vor allem auch eine Ausweitung der chinesischen Technologieimporte. Konzentrierte sich das chinesische Interesse in Jugoslawien und Rumänien vor allem auf Spezialisierungsprojekte im Schiffs-, Maschinen- und Anlagenbau, so ging es bei den Gesprächen im Iran insbesondere um neuere Produktionstechnologien für die Erdölförderung. Unter wirtschaftlichen Aspekten läßt sich Huas Reise daher als Beginn umfassender Aktivitäten zur Deckung des chinesischen Bedarfs an technischem Fortschritt verstehen.

Überlagert wurden diese wirtschaftlichen Aspekte durch die politische Brisanz der Reise. Auf allen drei Stationen wurden, zum Teil in demonstrativer Form, die Sicherheitsinteressen der UdSSR tangiert. Diese Politik der begrenzten Provokation gegenüber der als besonders aggressive Supermacht bekämpften UdSSR bildet den wichtigsten bisher deutlich gewordenen Grundzug der reaktivierten chinesischen Außenpolitik, der in der Hua-Reise wie auch in dem provozierten Konflikt mit Vietnam deutlich wird. wb